

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (6. Jahrgang, Nr. 10, Oktober 2012)

Ein Christ soll wenig Worte, aber viele Taten
machen.

Martin Luther

**Diakonie fordert nachhaltige sozialpoli-
tische Ausrichtung des Bundeshaushaltes**

**Nicht bei Arbeitsförderung und Alterssicherung
sparen**

**Soziale Gerechtigkeit muss Kernanliegen
der Sozialpolitik bleiben**

**Erste Reaktion auf den vorab veröffentlichten
Armuts- und Reichtumsbericht der
Bundesregierung**

Als erste Reaktion auf den vorab veröffentlichten Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung fordert die Diakonie, dass soziale Gerechtigkeit Kernanliegen der Sozialpolitik in Deutschland bleiben muss. "Der Bericht stellt fest, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander klafft. Daher ist es völlig unverständlich, dass der Bericht kein Konzept für mehr Steuergerechtigkeit enthält, aber die Wohltätigkeitsaktionen Vermögender ausführlich darstellt", sagt Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier am Mittwoch in Berlin.

"Der soziale Ausgleich bleibt nach wie vor den Sozialversicherungen vorbehalten, in die Menschen mit hohen Einkommen nicht einzahlen. Hohe Einkommen und Vermögen müssen stärker an der Finanzierung des sozialen Ausgleichs beteiligt werden. Wir brauchen mehr steuerfinanzierte Leistungen, die insgesamt für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Zum Beispiel eine gesetzliche Mindestrente und ein gleichmäßige soziale Mindestsicherung für Kinder und Jugendliche", betont Stockmeier.

"Mit seinem Fokus auf individuelle Strategien der Armutsüberwindung bleibt der Armuts- und Reichtumsbericht auf halber Strecke stehen", kritisiert Stockmeier.

"Es sind strukturelle politische Entscheidungen notwendig, um soziale Benachteiligung auszugleichen und zu verhindern, dass die Schere zwischen arm und reich noch weiter auseinander klafft."

aus: Pressestelle Diakonie vom 12.09.2012

Die Diakonie fordert eine nachhaltige sozialpolitische Ausrichtung des Bundeshaushaltes. "Die Langzeitarbeitslosen von heute sind die Altersarmen von morgen. Darum muss heute alles getan werden, um die Arbeitsvermittlung in auskömmliche Arbeitsverhältnisse und die soziale Integration von Langzeitarbeitslosen voran zu bringen", sagt Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier am Donnerstag anlässlich der Haushaltsdebatte im Bundestag. Gerade bei der Arbeitsförderung zu sparen, hätte verheerende Folgen für die Betroffenen wie für die Allgemeinheit und spätere Bundeshaushalte.

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht erneut Kürzungen im sozialen Bereich vor. Allein der Haushaltstitel für Arbeit und Soziales sinkt um 5,9 Prozent, während beispielsweise Anstiege im Verteidigungshaushalt um 4,4 Prozent und im Bereich der Innenpolitik um 6,5 Prozent geplant sind.

Die Diakonie kritisiert, dass die Mittel zur Arbeitsförderung um 12,3 Prozent gekürzt werden. "Seit 2010 wurden die Eingliederungsmittel damit um fast die Hälfte gekürzt - von sechs Milliarden Euro auf heute nur noch 3,3 Milliarden Euro. So werden immer mehr langzeitarbeitslose Menschen und ihre Familien aufs Abstellgleis geschoben", betont Stockmeier. Im internationalen Vergleich weist Deutschland eine hohe Quote an Langzeitarbeitslosen von 44,5 Prozent an allen Arbeitssuchenden auf. Gerade in Zeiten eines aufnahmefähigen Arbeitsmarktes müsse die Arbeitsförderung deshalb auf hohem Niveau bleiben. "Es reicht nicht, nur die gut vermittelbaren Arbeitslosen in Arbeit zu bringen. Wir brauchen nachhaltige Anstrengungen, gerade auch Menschen mit Vermittlungshemmnissen zu fördern, damit sie eine Chance auf Teilhabe und Erwerbstätigkeit haben", erklärt der Diakonie-Präsident.

Der Haushaltsentwurf sehe in der Rentenversicherung eine Beitragssatzsenkung und die Kürzung des Bundeszuschusses um eine Milliarde Euro vor. "Dieses Geld wird aber dringend gebraucht, um eine Alterssicherung zu schaffen, die vor Armut schützt und gleichzeitig die demografische Entwicklung berücksichtigt", sagt Stockmeier.

aus: Pressestelle Diakonie vom 13.09.2012

Große Zustimmung in der Mitgliederversammlung der Brüder- und Schwesternschaft

Vor zwei Jahren hatten wir von DAGS ein „Positionspapier zu Arbeitsbedingungen in Diakonie und Caritas“ in die Mitgliederversammlung eingebracht. Damals war beschlossen worden, das Papier zunächst zum Gegenstand eines Berufspolitischen Forums zu machen, in der Delegiertenversammlung weiter zu bearbeiten und dann erneut der Mitgliederversammlung vorzulegen. Das ist geschehen. Die Delegiertenversammlung hat eine „Stellungnahme der Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses Zur solidarischen Ausgestaltung des kirchlichen Arbeitsrechts“ erarbeitet.

Bei DAGS fanden wir zunächst nicht mehr viel Ähnlichkeit zu unserem ursprünglichen Papier. Wir fanden die Aussagen weniger klar und die Forderungen weniger entschieden. Uns war aber wichtiger, eine möglichst breite Zustimmung zu dem Bemühen zu erreichen, die Probleme weiter bewusst zu machen, um Änderungen zu erreichen.

Deshalb waren wir froh, dass in der Mitgliederversammlung am 15. September 2012 zwar auch Stimmen zu Wort kamen, die das Papier „verwaschen“ fanden, aber dass im Ganzen doch eine große Zustimmung zu hören war. Einen einzigen Änderungsvorschlag hatten wir uns vorgenommen: Die Formulierung „Trotzdem sollen alle Beteiligten für Verbesserungen in prekären Arbeitsverhältnissen und deren Folgen eintreten.“ beantragten wir zu ersetzen durch: „Trotzdem sollen alle Beteiligten für die Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen und deren Folgen eintreten.“ Zu unserer großen Freude fand dieser Änderungsvorschlag eine überwältigende Mehrheit (2 Gegenstimmen, wenige Enthaltungen). Mit dieser Änderung wurde der Antrag „mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen“ beschlossen.

Wir sind der Meinung, dass dieses schöne Ergebnis nicht das Ende der Bemühungen für Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen sein darf. Zunächst wünschen wir uns, dass die Brüder- und Schwesternschaft diese Stellungnahme nun in ihrem Namen weiter verbreitet, z. B. bei den anderen Gemeinschaften, den Diakonischen Werken usw. Vor allem aber wünschen wir uns, dass Menschen, die in leitenden Positionen, in Vorständen, Aufsichtsräten u.ä. tätig sind, ihren Einfluss geltend machen, dass sich etwas ändert. Dies scheint uns u.a. auch nötig, um der Altersarmut vorzubeugen und die Kluft zwischen Arm und Reich nicht noch immer größer werden zu lassen.

Walter Hamann

so verschieden können Untersuchungsergebnisse aussehen:

Mitarbeitende haben in der Diakonie attraktive Arbeitsbedingungen

Evangelischer Wohlfahrtsverband präsentiert Umfrageergebnisse zu seinen Arbeitsverhältnissen

Ein geringer Anteil an Zeitarbeit, nur wenige Ausgliederungen in gewerbliche Gesellschaften, eine im Sozialbereich außergewöhnlich hohe Tarifbindung mit überwiegender Anwendung kirchlich-diakonischer Arbeitsrechtsregelungen oder branchenspezifischer Tarifverträge - dies ergab die bislang umfangreichste Untersuchung zu den diakonischen Arbeitsverhältnissen, die heute in Berlin vorgestellt wurde.

„Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Diakonie als Arbeitgeberin sehen lassen kann“, sagt Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier. Zeitarbeit spiele in der Diakonie so gut wie keine Rolle. Der Anteil von Zeitarbeitnehmern gemessen an der Gesamtmitarbeiterschaft liege bei gut einem Prozent. „Zeitarbeit wird im Wesentlichen kurzfristig zur Abfederung von Arbeitsspitzen eingesetzt. Sie ist weder ein Instrument, um reguläre Arbeitsplätze zu ersetzen, noch um Mitarbeitende schlechter zu stellen“. Auch Ausgliederungen hätten im Vergleich mit anderen Branchen in der Diakonie einen geringen Stellenwert. Ganz überwiegend würden die Tätigkeiten von den Einrichtungen selbst geleistet. Gezahlt werde zumeist nach diakonischen Flächentarifen oder nach branchenüblichen Tarifverträgen, „Die hohe Tarifbindung, die durch die Studien ebenfalls bestätigt wurde, ist eine große tarifpolitische Errungenschaft der Diakonie angesichts einer im Rest der Sozialbranche starken tarifpolitischen Zersplitterung. Wir zahlen im Branchenvergleich gute Vergütungen.“

Die Umfrage bestätigt: Diakonische Träger haben attraktive Arbeitsbedingungen. Die in den letzten Monaten von verschiedenen Seiten geäußerten Vorwürfe sind unbegründet, abgesehen von einigen vor allem der mangelhaften Finanzierung geschuldeten Ausnahmen. Diakonische Träger stehen unter erheblichem finanziellen Druck und leisten mit ihren Mitarbeitenden sehr verantwortliche und gute Arbeit. Die Zukunft der Träger entscheidet sich an der Personalwirtschaft: Hierfür ist die Diakonie zunehmend gut gerüstet.“

aus: Pressestelle Diakonie vom 27.09.2012

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr.

Trotzdem ist es für uns wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von „Außen“ eingebracht werden.

Noch besser wäre es natürlich, wenn uns Beiträge zugesandt würden, die wir veröffentlichen könnten.

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Unser nächstes Treffen ist am 15. Oktober um 18.00 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

Der HERR ist freundlich dem, der auf ihn harret, und dem Menschen, der nach ihm fragt.

(Monatsspruch Oktober 2012 aus Klagelieder 3,25)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg